

Jensen, Wiebke

Article — Digitized Version

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Instrument der Wirtschaftspolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Jensen, Wiebke (1971) : Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Instrument der Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 2, pp. 101-107

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134230>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung Instrument der Wirtschaftspolitik

Wiebke Jensen, Hamburg

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen lassen sich als systematische zahlenmäßige Darstellungen des Wirtschaftsgeschehens in einem abgelaufenen Zeitraum umschreiben. Sie sind heute in den Industrieländern unentbehrlicher Bestandteil der empirischen Wirtschaftsforschung. Auch in der wirtschaftspolitischen Diskussion über Konjunktur, Preisniveaustabilität und Wachstum stützt man sich auf ihre Ergebnisse und bedient sich ihres Begriffsapparates.

Die Kreislauftheorie, aus der die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ihr System herleiten, wurde schon 1785 von dem Physiokraten François Quesnay (*Tableau économique*) konzipiert und später u. a. von Marx und Keynes weiterentwickelt. In diesen Modellen wurden die Wirtschaftseinheiten bereits zu Sektoren und die wirtschaftlichen Vorgänge zu Gruppen zusammengefaßt. Die quantitative Ausfüllung des durch die Kreislauftheorie gegebenen gedanklichen Rahmens nahm vor allem seit Beginn der fünfziger Jahre auf Initiative der OEEC¹⁾ sowie der Vereinten Nationen einen großen Aufschwung. Die verschiedenen im Ausland und in der Bundesrepublik entwickelten Gesamtrechnungssysteme sind ständig weiter ausgebaut, verfeinert und im Rahmen der europäischen Integration nach Möglichkeit einander an-

geglichen worden. Dieser Prozeß ist noch im Fluß. Dadurch erweist sich der ohnehin recht vielfältige Gegenstand der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung – selbst für den wirtschaftswissenschaftlich Vorgebildeten – im allgemeinen als nicht leicht durchschaubar. Dabei besteht gerade der Zweck dieses Instruments darin, die wirtschaftliche Wirklichkeit anschaulich zu machen. Der vorliegende Beitrag versucht die Gesichtspunkte herauszuarbeiten, die für das Verständnis des derzeit in der Bundesrepublik angewandten Gesamtrechnungssystems als wesentlich erscheinen.

Inhalt und Darstellung

Die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Bundesrepublik werden als Kontensystem sowie in zahlreichen Tabellen dargestellt²⁾. Das Kontensystem erfaßt alle wirtschaftlich bedeutsamen Vorgänge zwischen den verschiedenen Sektoren nach den Regeln der doppelten Buchführung. Es bildet das eigentliche Kernstück der Gesamtrechnung. Die Tabellen geben Übersichten über bestimmte Ausschnitte aus dem Gesamtgeschehen.

Wiebke Jensen, 39, Dr. rer. pol., Dipl.-Volkswirt, ist Referentin in der Abteilung „Konjunktur“ des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung—Hamburg.

¹⁾ Vgl. OEEC (Hrsg.): Ein Standard-System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, Paris 1952. Ins Deutsche übersetzt im Statistischen Bundesamt, Wiesbaden-Biebrich.

²⁾ Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie N. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1, Konten und Standardtabellen 1969. Erschienen im November 1970, S. 61 ff.; im folgenden zitiert: „Fachserie N“.

Von besonderem Interesse ist der Tabellenteil, der die Ergebnisse der Sozialprodukts- und Volkseinkommensberechnungen enthält. In diesen Berechnungen wird das Resultat der Wirtschaftstätigkeit auf drei verschiedenen Wegen ermittelt. Man unterscheidet die Entstehungs-, die Verwendungs- und die Verteilungsrechnung. Die Entstehungsrechnung setzt bei der Produktion an und ermittelt die Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt. Ausgangsgrößen der Verwendungsrechnung sind die Aggregate der letzten Verwendung von Gütern, Investition, Verbrauch und Ausfuhr. Bei der Verteilungsrechnung wird das Volkeinkommen aus seinen beiden Bestandteilen, dem Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und dem Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, errechnet. Die Entstehung und die Verwendung des Sozialprodukts werden dabei nicht nur zu jeweiligen, sondern auch zu konstanten Preisen eines Basisjahres dargestellt³⁾.

Nach heutiger Auffassung gehören zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auch die Input-Output-Rechnung und die finanzielle Gesamtrechnung. Das Statistische Bundesamt hat bereits für einzelne Jahre Input-Output-Tabellen mit unterschiedlichen Programmen erarbeitet. Input-Output-Rechnungen, die jährlich durchgeführt werden sollen, sind Gegenstand der demnächst erscheinenden Reihe 2 der neuen Fachserie N des Statistischen Bundesamtes⁴⁾. Die finanzielle Gesamtrechnung wird von der Deutschen Bundesbank wahrgenommen. Zusätzlich wird von verschiedenen Seiten eine gesamtwirtschaftliche Vermögensrechnung gefordert, die aber aus erhebungstechnischen Schwierigkeiten bisher noch nicht in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einbezogen werden konnte. Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich auf die Gesamtrechnung im herkömmlichen engeren Sinne.

Zeitliche Abgrenzung

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen beziehen sich stets auf die Vergangenheit, da sie sich auf tatsächliche Geschehnisse stützen und statistische Daten nur für abgelaufene Zeiträume vorliegen können. Prognosen des Wirtschaftsablaufes basieren dagegen auf Annahmen. Die Vorausschätzungen, die z. B. das Bundesministerium für Wirtschaft, der Sachverständigenrat und die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute veröffentlichen, bedienen sich aber nicht nur des Begriffsapparates der Gesamtrechnungen, sondern stehen auch scheinbar übergangslos innerhalb derselben Tabelle neben oder unter den bereits

vorliegenden Ergebnissen. Deshalb entsteht oft der falsche Eindruck, es handele sich auch bei zukunftsbezogenen Zahlen um Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Die Länge des abgelaufenen Zeitraumes, für den die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung jeweils erstellt wird, beträgt höchstens ein Jahr. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht neben jährlichen Zahlen auch halbjährliche Ergebnisse, die bis 1960 zurückreichen⁵⁾ ⁶⁾. Die wirtschaftlichen Vorgänge, die für eine zugrunde gelegte Periode aufzuzeichnen sind, finden ihren Niederschlag in Strömungsgrößen. Die Entscheidung für eine Bezugsperiode bedingt, daß die zeitliche Zuordnung eines Vorgangs zum Problem werden kann. So wird ein Gut nicht unbedingt innerhalb eines Jahres bestellt, geliefert, bezahlt und verbraucht. Für solche Fälle besteht die Übereinkunft, die gesamte Transaktion der Periode zuzurechnen, in der die Forderung bzw. Verbindlichkeit entsteht. Bei der Abschreibung ist dagegen für die fortgesetzte Abnutzung eines einmal angeschafften Investitionsgutes während seiner gesamten Lebensdauer in jeder Periode ein angemessener Betrag für die Wiederbeschaffung einzusetzen.

Inlands- und Inländerkonzept

Unter „Volkswirtschaft“ versteht das Statistische Bundesamt die wirtschaftliche Betätigung der inländischen Wirtschaftseinheiten⁷⁾ und grenzt diesen Bereich gegen die „übrige Welt“ ab. Als inländische Wirtschaftseinheiten gelten alle im Bundesgebiet einschließlich West-Berlin ständig ansässigen Personen und Institutionen wie Unternehmungen, Verwaltungseinrichtungen usw. Die Staatsangehörigkeit einer Person bzw. des Eigentümers einer Institution ist dagegen für die Zugehörigkeit zur Volkswirtschaft unerheblich. So sind ausländische Arbeitskräfte mit ständigem Wohnsitz in der Bundesrepublik statistisch gesehen „Inländer“. Ebenso zählt eine im Eigentum von Ausländern stehende Produktionsanlage mit Sitz im Bundesgebiet zu den inländischen Wirtschaftseinheiten. Deutsche Staatsangehörige, die ständig im Ausland wohnen, und im Ausland gelegene Produktionsstätten in deutschem Eigentum gehören dagegen zur „übrigen Welt“. Nicht unter diese Regel fallen u. a. diplomatische und konsularische Vertretungen sowie ausländische Streitkräfte.

Die Unterscheidung zwischen Inlands- und Inländerkonzept spielt vor allem bei der Bildung einiger gesamtwirtschaftlicher Begriffe eine Rolle. Das

³⁾ Vgl. hierzu H. Bartels: Preisindices in der Sozialproduktsberechnung. In: Wirtschaft und Statistik 1963, H. 1, S. 15 ff.

⁴⁾ Vgl. Fachserie N, S. 32.

⁵⁾ Vgl. laufende Veröffentlichungen in: Wirtschaft und Statistik, zuletzt 1970, H. 6.

⁶⁾ Vgl. Fachserie N.

⁷⁾ Vgl. Fachserie N, S. 30.

nach dem Inlandskonzept errechnete Bruttoinlandsprodukt enthält alle Entgelte der Produktionsfaktoren — also Löhne, Mieten, Pachten, Zinsen und Gewinne —, die bei „inländischen“ im Sinne von im Inland ansässigen Wirtschaftseinheiten entstanden sind. Dagegen bildet die Summe aller Einkommen, die im Inland ansässigen Wirtschaftseinheiten zugeflossen sind, das Bruttoinländerprodukt, das in der Terminologie der Gesamtrechnung als Bruttosozialprodukt bekannt ist.

Da der weitaus überwiegende Teil der Einkommen, die bei inländischen Wirtschaftseinheiten entstehen, auch inländischen Wirtschaftseinheiten zufließt, sind die quantitativen Abweichungen zwischen den beiden Gesamtgrößen gering. Differenzen können z. B. dadurch entstehen, daß von einem Unternehmen mit Sitz im Ausland Gewinne erwirtschaftet werden, die an einen inländischen Teilhaber abzuführen sind. Diese Beträge erhöhen das Sozialprodukt, nicht aber das Inlandsprodukt. Die an ausländische Grenzgänger von einer im Bundesgebiet liegenden Unternehmung gezahlten Löhne schlagen dagegen beim Inlands- und nicht beim Sozialprodukt zu Buche. Zwischen inländischen und ausländischen Wirtschaftseinheiten fließende Erwerbs- und Vermögenseinkommen heißen „Faktoreinkommen“. Der Saldo aus Faktoreinkommen an das Ausland und Faktoreinkommen aus dem Ausland ist gleich der Differenz zwischen Inlands- und Sozialprodukt⁸⁾.

Brutto- und Nettogrößen

Der Unterschied zwischen dem Bruttosozial- bzw. Bruttoinlandsprodukt und dem Nettosozial- bzw. Nettoinlandsprodukt besteht darin, daß in der Bruttogröße die Abschreibungen enthalten sind, in der Nettogröße dagegen nicht. Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erscheint das Begriffspaar Brutto-/Netto- jedoch auch noch in anderer Bedeutung. Die insgesamt im Inland erstellte Produktion einer Periode wird als Bruttoproduktionswert bezeichnet. In dieser Größe sind auch alle jene Güter enthalten, die vorwiegend von anderen Unternehmungen eingekauft und in derselben Periode im Produktionsprozeß verbraucht wurden. Zieht man diese Vorleistungen vom Bruttoproduktionswert ab, so verbleibt der Nettoproduktionswert, der mit dem Bruttoinlandsprodukt identisch ist.

Diese Größe besitzt also hinsichtlich der Vorleistungen bereits die Netto-, hinsichtlich der Abschreibungen aber noch die Bruttoeigenschaft. In seinen neueren Veröffentlichungen benutzt das Statistische Bundesamt den Begriff „Produktions-

⁸⁾ Vgl. Fachserie N, S. 129, Tabelle 1 „Inlandsprodukt und Sozialprodukt“.

wert“ statt des früheren „Bruttoproduktionswert“. Dafür ist das Wort „Nettoproduktionswert“ weggefallen und nur noch vom Bruttoinlandsprodukt die Rede.

Grundsätzlich werden die in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dargestellten Transaktionen zu Marktpreisen erfaßt. Bei den unentgeltlich abgegebenen Dienstleistungen des Staates wie auch beim Eigenverbrauch der Landwirtschaft werden mangels einer Bewertung über Preise die Herstellungskosten eingesetzt. Daß auch die Arbeit der Hausfrau aufgrund der Bewertungsprobleme ganz vernachlässigt wird, sei hier nur am Rande angemerkt.

Wo sich Marktpreise bilden konnten, sind diese jedoch durch gewisse Umverteilungsvorgänge beeinflusst. Die indirekten Steuern (insbes. Umsatzsteuer, Zölle, Verbrauchsteuern, Grund- und Gewerbesteuer) haben bewirkt, daß sich höhere Preise gebildet haben, als es aufgrund der an die Produktionsfaktoren geflossenen Löhne, Gewinne usw. erforderlich gewesen wäre. Andererseits haben vom Staat gezahlte Subventionen,

Dr. Herbert BRÖNNER

Die Besteuerung der Gesellschaften

des Gesellschafterwechsels und der
Umwandlungen

12. Auflage 1970, 1343 Seiten,
Plastikband DM 115,—

Dr. Eberhard LITTMANN

Das Einkommensteuerrecht

9. Auflage 1969, 2017 Seiten, Lexikonformat,
Plastikband DM 165,—

FACHVERLAG SCHÄFFER & CO GMBH

7000 Stuttgart 1, Hackländerstraße 33

d. h. Zuschüsse für laufende Produktionszwecke⁹⁾, diese Wirkung teilweise ausgeglichen. Um vom Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen zum Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten zu gelangen, muß man daher die indirekten Steuern abziehen und die Subventionen hinzufügen.

Vereinfachte Sektorengliederung

Wie es in der Kreislauftheorie vorgegeben ist, wird die unübersichtliche Vielzahl der Wirtschaftseinheiten einer Volkswirtschaft in der Gesamtrechnung zu großen Gruppen zusammengefaßt. Dabei ist zu entscheiden, ob die kleinsten Darstellungseinheiten fachlich oder institutionell abgegrenzt werden sollen. Fachliche Einheiten wären z. B. nach dem Produktionsprogramm ausgegliederte Teile von Unternehmungen. Unter Institutionen werden dagegen Einheiten verstanden, die selbst bilanzieren oder eine Haushaltsrechnung aufstellen, wie Gebietskörperschaften, Kirchen und private Haushalte.

Die Antwort auf die Frage, ob fachlich oder institutionell abzugrenzen sei, hängt vom Erkenntniszweck ab. Produktionswirtschaftliche Zusammenhänge lassen sich nur bei fachlicher Gliederung aufdecken. Der marktwirtschaftliche Prozeß, der vom Verhalten und der Entscheidungsbefugnis der Beteiligten abhängt, läßt dagegen die institutionelle Gliederung sinnvoll erscheinen. Da in der Bundesrepublik das marktwirtschaftliche Element vorherrscht, werden die kleinsten Darstellungseinheiten innerhalb der Sektoren institutionell abgegrenzt¹⁰⁾. Die so gebildeten drei Sektoren Unternehmungen, Staat (einschließlich Sozialversicherung) und private Haushalte plus private Organisationen ohne Erwerbscharakter¹¹⁾ stellen die vereinfachte Sektorengliederung dar, die in den sechziger Jahren ausschließlich angewandt wurde.

Unternehmungen sind Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen herstellen bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt zu mindestens kostendeckenden Preisen verkaufen. Der Begriff schließt u. a. auch landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe, Ein- und Verkaufsgenossenschaften, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und die Praxen von Ärzten, Rechtsanwälten usw. ein. Ferner werden zum Sektor Unternehmungen Organisationen ohne Er-

werbscharakter gerechnet, die ihre Leistungen vorwiegend für Unternehmungen erbringen und von diesen finanziert werden, wie z. B. Industrie- und Handelskammern. Schließlich werden auch die nichtgewerbliche Wohnungsvermietung und die Nutzung von Eigentümerwohnungen zum Sektor Unternehmungen gezählt.

Der Sektor Staat umfaßt alle Institutionen, die in erster Linie Dienstleistungen eigener Art für die Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt erbringen und sich vorwiegend durch Zwangsabgaben finanzieren.

Private Haushalte sind Institutionen, die auf dem Markt vorwiegend Arbeitskraft anbieten, Güter für den letzten Verbrauch nachfragen und Ersparnisse anlegen. Private Organisationen ohne Erwerbscharakter unterscheiden sich von den zum Unternehmungsbereich gehörenden Organisationen ohne Erwerbscharakter dadurch, daß sie ihre Leistungen vorwiegend für private Haushalte erbringen und auch in erster Linie von diesen durch freiwillige Zahlungen, daneben durch Vermögenserträge und nur in geringem Maße durch öffentliche Zuwendungen finanziert werden. Zu ihnen können z. B. Vereine, Verbände, Institute usw. gezählt werden.

Erweiterte Sektorengliederung

Die vereinfachte Sektorengliederung wurde schon 1960 nur als vorläufige Lösung angesehen¹²⁾. Bereits damals plante das Statistische Bundesamt, die drei Sektoren weiter zu unterteilen und ihre Zahl auf insgesamt sieben zu erhöhen. Bei der kürzlich erfolgten Revision ist dieser Plan verwirklicht worden.

Wegen der Verschiedenartigkeit der im Sektor Unternehmungen zusammengefaßten Institutionen und wegen der großen gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Geschehens auf den Geld- und Kapitalmärkten wurden die Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen als zwei selbständige Sektoren neben den Sektor Produktionsunternehmen gestellt. Ähnliche Erwägungen führten dazu, die Sozialversicherung aus dem Sektor Staat herauszulösen. Schließlich wird angestrebt, die Lage der privaten Haushalte, z. B. durch Unterscheidung nach sozialen Gruppen, durchleuchten zu können. Hierbei wirkt es sich als störend aus, wenn das Zahlenmaterial die Anteile der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter einschließt; denn diese Institutionen ähneln in ihrer Betätigung eher vergleichbaren Organisationen im staatlichen Bereich als privaten Haushalten. Die getrennte Behandlung beider Teilspektoren bleibt jedoch wegen vorläufig noch bestehender

⁹⁾ Zur genauen Definition der Subventionen vgl. Fachserie N, S. 45.

¹⁰⁾ Vgl. H. Bartels: Das Kontensystem für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesrepublik Deutschland, Erster Teil: Das angestrebte Kontensystem. In: Wirtschaft und Statistik 1960, H. 6, S. 320; im folgenden zitiert „Kontensystem“.

¹¹⁾ Zu den Definitionen vgl. G. Hamer: Revidierte Konten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In: Wirtschaft und Statistik 1970, H. 6, S. 282 f.

¹²⁾ Vgl. Kontensystem, S. 321 ff.

Erhebungsschwierigkeiten zunächst ein Programmpunkt.

Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung wird seit der Revision in erweiterter und daneben in vereinfachter Sektorengliederung erstellt und veröffentlicht. Dabei wird die erweiterte Gliederung stets zeitlich später als die vereinfachte erscheinen können. Die folgende Zusammenstellung gibt einen Überblick über die Sektorengliederungen:

0 Zusammengefaßtes Güterkonto	
1 Unternehmen	11 Produktionsunternehmen
	12 Kreditinstitute
	13 Versicherungsunternehmen
2 Staat	21 Gebietskörperschaften
	22 Sozialversicherung
3 private Haushalte	31 private Haushalte
	32 private Organisationen ohne Erwerbscharakter
8 Zusammengefaßtes Konto der übrigen Welt	

Im Rahmen dieses Beitrags empfiehlt es sich, das Kontensystem anhand der vereinfachten Sektorengliederung zu erläutern.

Kontengruppen . . .

Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung erfaßt den Wirtschaftsablauf von der reinen Gütersphäre bis zum finanziellen Bereich in sieben Stufen. Zu jeder von ihnen gehört eine Kontengruppe, die so viele Einzelkonten enthält, wie Sektoren vorgesehen sind. Schon bei vereinfachter Sektorengliederung sind also 21 Konten erforderlich, um diese Vorgänge darzustellen. Folgende Stufen werden unterschieden:

- Kontengruppe 1: Produktion
- Kontengruppe 2: Einkommensentstehung
- Kontengruppe 3: Einkommensverteilung
- Kontengruppe 4: Einkommensumverteilung
- Kontengruppe 5: Einkommensverwendung
- Kontengruppe 6: Vermögensveränderung
- Kontengruppe 7: Finanzierung

Die Reihenfolge der Einzelkonten 1 bis 7, die seit der Revision auch räumlich zusammen dargestellt werden, entspricht dem zwischen ihnen bestehenden linearen Zusammenhang, während die Beziehungen zwischen den Sektoren „kreuz und quer“ verlaufen.

. . . der wirtschaftlichen Vorgänge

In Kontengruppe 1 wird für jeden Sektor der Produktionswert erfaßt, der sich in Verkäufen und selbsterstellten Anlagen, in der Vorratsveränderung an eigenen Erzeugnissen bei den Unternehmen und im Eigenverbrauch des Staates sowie des privaten Sektors niederschlägt. In diesen Produktionswerten sind zahlreiche Doppelzählungen der Güter enthalten, die im Produk-

tionsprozeß verbraucht worden und in den Wert der Erzeugnisse der nächstfolgenden Produktionsstufe eingegangen sind. Diese Vorleistungen werden von den Produktionswerten abgezogen, und es verbleiben die Beiträge der Sektoren zum Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen. In ihnen kommt die wirtschaftliche Leistung zum Ausdruck, die in den inländischen Wirtschaftseinheiten erbracht worden ist.

Kontengruppe 2 geht von den Beiträgen der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt aus. Zu diesen werden die empfangenen Subventionen hinzugerechnet, während die Abschreibungen und die geleisteten indirekten Steuern abgezogen werden. Die so errechneten Größen sind die Beiträge der Sektoren zum Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten. Aus ihnen ist die Höhe der in jedem Sektor insgesamt entstandenen Einkommen aus unselbständiger Arbeit sowie aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abzulesen.

Kontengruppe 3 zeigt, welche Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus unselbständiger Arbeit und aus Unternehmertätigkeit sowie aus Vermögen den einzelnen Sektoren von anderen Sektoren und von der übrigen Welt zugeflossen sind und welche Einkommen sie an andere Sektoren und die übrige Welt geleistet haben. So errechnen sich die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen.

In Kontengruppe 4 wird dargestellt, wie die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen durch ihnen zugeflossene laufende Übertragungen und von ihnen geleistete laufende Übertragungen korrigiert worden sind, soweit dies nicht schon in Kontengruppe 2 erfaßt wurde (siehe von Unternehmen empfangene Subventionen und geleistete indirekte Steuern). Als Ergebnis dieser Umverteilung werden die Anteile der Sektoren am verfügbaren Einkommen ausgewiesen.

Aus Kontengruppe 5 ist die Einkommensverwendung zu entnehmen. Diese darf allerdings nicht mit der Verwendungsseite der Sozialproduktberechnung verwechselt werden. Es geht hier nur um die zwei Möglichkeiten: sparen oder verbrauchen. Nach Abzug des für laufende Verbrauchszwecke verausgabten Teils des verfügbaren Einkommens verbleibt die in den Sektoren angefallene Ersparnis.

In Kontengruppe 6 werden die Vorgänge aufgezeigt, die das Vermögen berühren. Hierzu wird für jeden Sektor das Aufkommen von langfristig verfügbaren Mitteln deren Verwendung gegenübergestellt. Das Aufkommen rekrutiert sich aus der Ersparnis, den Abschreibungen sowie den empfangenen Vermögensübertragungen. Die Verwendung besteht darin, daß Anlage- und Vorratsinvestitionen getätigt und Vermögensübertragun-

gen geleistet werden. Die Differenz zwischen Aufkommen und Verwendung ist der Finanzierungssaldo. Ist er negativ, so hat sich der Sektor bei der Verwendung von Mitteln für die genannten Zwecke verschuldet. Soweit die Verschuldung und Kreditgewährung zwischen inländischen Wirtschaftseinheiten stattgefunden haben, gleichen sie sich aus. Insgesamt gibt es daher nur einen Finanzierungssaldo gegenüber der übrigen Welt.

Kontengruppe 7 schließlich stellt die Summe der Veränderung der Forderungen den Posten gegenüber, aus denen sie sich ergeben. Diese sind der Finanzierungssaldo, die Veränderung der Verbindlichkeiten und eine statistische Differenz.

Größenordnungen der Aggregate

Tabelle 1 gibt einen Eindruck von den absoluten Größenordnungen der aufgeführten Aggregate anhand der für 1968 vorliegenden Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes.

Wegen des hohen Gehalts an Vorleistungen ist der Produktionswert das weitaus umfangreichste Aggregat. Nur 38,1 % entfielen 1968 auf das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen. Von dieser Größe wurden 10,6 % für Abschreibungen und 13,6 % für indirekte Steuern abgesetzt. Diesen Abzügen stand nur ein Betrag für Subventionen gegenüber, der sich, gemessen am Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen, auf 1,4 % belief. Das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten war somit 22,8 % niedriger als das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen. Geringfügig war, wie auch in den vorangegangenen Jahren, der Saldo der Faktoreinkommen zwischen dem Inland und der übrigen Welt. Das Volkseinkommen war daher nur 0,2 % niedriger als das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten.

Tabelle 1
Gesamtgrößen des Kontensystems von 1968
(in Mill. DM)

0 Produktionswert (P)	1 413 750
1 Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (BIP _M)	539 180
2 Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten (NIP _F)	416 000
3 Volkseinkommen (NSP _F)	415 320
4 Verfügbares Einkommen (vE)	474 160
5 Ersparnis (S)	89 390
6 Finanzierungssaldo gegenüber der übrigen Welt (F)	+10 350

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie N, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1, Konten und Standardtabellen 1969, S. 64 f. und S. 98 f.

Beim Übergang vom Volkseinkommen zum verfügbaren Einkommen wird die Reihe fortgesetzt kleiner werdender Beträge unterbrochen; denn das verfügbare Einkommen ist größer (1968 um 14,2 %) als das Volkseinkommen. Erklärlich wird

dies erst, wenn die Umverteilungsvorgänge im einzelnen verfolgt werden. Der Anteil der Ersparnis am verfügbaren Einkommen betrug 1968 18,9 %. Nachdem die binnenwirtschaftlichen Vorgänge sich gegenseitig ausgeglichen haben, war 1968 gegenüber der übrigen Welt ein positiver Finanzierungssaldo zu verzeichnen. 1962 bis 1967 war dieser Saldo dagegen negativ.

Anteilsverschiebungen ...

Durch die Addition der Sektorenanteile zu den in Tabelle 1 dargestellten Gesamtgrößen sind viele wichtige Vorgänge verdeckt worden. Aus Tabelle 2 werden die Anteilsverlagerungen zwischen den Sektoren erkennbar. Über ihr Zustandekommen geben die im Kontensystem aufgezeichneten Transaktionen Aufschluß.

Der hohe Prozentsatz der Unternehmungen am Produktionswert zeigt, daß sich die Produktion von Gütern und Diensten in weitaus überwiegenderem Maße in diesem Sektor vollzieht. Die Pro-

Tabelle 2
Prozentuale Anteile der Sektoren an den Gesamtgrößen 1968

Gesamtgrößen ^{a)}	Unternehmungen	Staat	Private Haushalte usw.
0 P	92,5	6,7	0,8
1 BIP _M	89,6	8,8	1,6
2 NIP _F	87,4	10,7	1,9
3 NSP _F	5,7	0,8	93,5
4 vE	2,4	22,0	75,6
5 S	12,6	23,1	64,3
6 F (in Mill. DM)	-20 900	-3 960	+35 210

a) Abkürzungen vgl. Tabelle 1.

Quelle: Siehe Tabelle 1, insbes. S. 64 ff.

duktion schlägt sich hier vorwiegend in Verkäufen und selbsterstellten Anlagen, zu einem geringen Teil aber auch in der Vorratsveränderung an eigenen Erzeugnissen nieder. Bei der „Produktion“ des Staates ist der „Eigenverbrauch“, d. h. die der Allgemeinheit unentgeltlich zur Verfügung gestellten Dienste, von Gewicht. Die sehr geringe Produktion im Sektor Haushalte bezieht sich ausschließlich auf die Dienste der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter für die privaten Haushalte. Naturgemäß ist der Anfall an Vorleistungen im Unternehmenssektor absolut besonders groß. Er ist aber auch relativ größer als bei den anderen Sektoren. Daher sind deren Anteile am Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen etwas höher als am Produktionswert.

Wie die Vorleistungen, so sind auch die Abschreibungen im Sektor Unternehmungen relativ, d. h.

gemessen am Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen, größer als beim Staat und bei den privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter. Der Staat schreibt z. B. dauerhafte Anlagen wie Straßen überhaupt nicht ab. Die indirekten Steuern, aufgerechnet gegen die Subventionen, werden in erster Linie von den Unternehmungen geleistet. Beim Übergang zum Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten verschieben sich die Anteile somit nochmals etwas zugunsten der beiden übrigen Sektoren.

... zwischen den Sektoren

Die größte Gewichtsverlagerung im gesamten Kontensystem findet jedoch beim Übergang vom Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten zum insgesamt kaum geringeren Volkseinkommen statt. Der Unternehmenssektor, der bisher dominierte, ist nun nur noch mit 5,7 % am Volkseinkommen beteiligt. Diesen Prozentsatz repräsentieren die unverteiltten Gewinne der Unternehmungen mit eigener Rechtspersönlichkeit. Fast der gesamte übrige Teil des Volkseinkommens befindet sich im Sektor privater Haushalte usw.

Die Einkommen sind zwar überwiegend bei der Produktion in den Unternehmungen entstanden, sie sind aber fast ausschließlich den Haushalten zugeflossen. Dabei ist daran zu erinnern, daß es sich hierbei um Unternehmer- und Arbeitnehmerhaushalte handelt. Auch die bei der Erfüllung von öffentlichen Aufgaben im Staatssektor entstandenen Einkommen sind fast in voller Höhe privaten Haushalten zugeflossen. Der Staatsanteil am Volkseinkommen ist mit 0,8 % verschwindend gering.

Nach dieser großen Verlagerung auf den privaten Sektor zeigt Kontengruppe 4, wie sich der Staat seine Mittel durch Zwangsabgaben verschafft. Der Anteil der privaten Haushalte am verfügbaren Einkommen beträgt 75,6 %, der Unternehmensanteil nach Abzug der direkten Steuern von den unverteiltten Gewinnen 2,4 %, und der Staat verfügt über einen Anteil von 22,0 %. Er hat zu seinem geringen Volkseinkommensanteil zunächst die indirekten Steuern, hauptsächlich von den Unternehmungen, erhalten, die bei diesen bereits auf der Stufe der Einkommensentstehung in Kontengruppe 2 berücksichtigt worden sind. Daß diese Posten erst in Kontengruppe 4 wieder auftauchen, erklärt, weshalb das verfügbare Einkommen höher ist als das Volkseinkommen und das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten.

Den zweiten wichtigen Betrag des staatlichen Mittelaufkommens bilden die direkten Steuern und die Sozialversicherungsbeiträge. Unter den vom Staat geleisteten Zahlungen stellen die laufenden Übertragungen an private Haushalte den gewichtigsten Posten dar. Nur etwa ein Zehntel davon

machten 1968 die Subventionen an Unternehmungen aus. Das Einkommensumverteilungskonto der privaten Haushalte usw. läßt vor allem erkennen, daß dieser Sektor zwar laufende Übertragungen in beträchtlicher Höhe erhält, andererseits aber etwa um ein Viertel darüber liegende Beträge für direkte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge aufzuwenden hat.

Aus den Einkommensverwendungskonten ergeben sich die Anteile der Sektoren an der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis. Mit 64,3 % im Jahre 1968 stehen die privaten Haushalte usw. an der Spitze. Die Ersparnis der Unternehmungen ist mit dem verfügbaren Einkommen identisch, das nach Abzug der direkten Steuern bei den Unternehmungen mit eigener Rechtspersönlichkeit geblieben ist. Die Finanzierungssalden lassen erkennen, daß sich die Unternehmungen, wie auch in den vorangegangenen Jahren, netto verschuldet haben. Der Staatssektor schließt ebenfalls mit einer Nettoverschuldung ab. Allein die privaten Haushalte usw. haben, wie in jedem Jahr zwischen 1960 und 1968, einen positiven Finanzierungssaldo aufzuweisen.

Verbindungen zu anderen Bereichen

Kontengruppe 7 enthält nur wenige Angaben zur Finanzierung. Sie stellt die Verbindung zwischen dem herkömmlichen Kontensystem und der Finanzierungsrechnung her, die von der Deutschen Bundesbank durchgeführt wird. In der Finanzierungsrechnung wird nachgewiesen „... wie und in welcher Form (Anlageart) die ... Sektoren ... in einem gegebenen Zeitraum ihre finanziellen, nicht in Eigeninvestitionen materialisierten Vermögenswerte durch Kreditgewährung an andere Einheiten angelegt und in welcher Form sie sich gegenüber anderen Einheiten verschuldet haben ...“¹³⁾. Das zusammengefaßte Konto der übrigen Welt, das alle Transaktionen der inländischen mit den ausländischen Wirtschaftseinheiten festhält, steht in enger Verbindung zur Zahlungsbilanz. Schließlich ist das seit der Revision eingeführte zusammengefaßte Güterkonto die Nahtstelle zur Input-Output-Tabelle. Die in ihm aufgeführten Vorleistungen werden in der Input-Output-Rechnung nach liefernden und empfangenden Wirtschaftsbereichen detailliert aufgliedert.

Wenn hier auch nur ein Ausschnitt aus dem in der Bundesrepublik angewandten System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung behandelt werden konnte, so ist vielleicht doch sichtbar geworden, daß diese und insbesondere das Kontensystem darin eine gelungene Konstruktion von hohem Erkenntnis- und Anwendungswert darstellt.

¹³⁾ M. Zucker: Die Finanzierungsrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. In: A. Blind (Hrsg.): Umriss einer Wirtschaftsstatistik, Hamburg 1966, S. 314.

AUS HOCHSCHULE UND WISSENSCHAFT

Aufnahmestopp

Wegen Mangels an Lehrkräften und Sachmitteln hat die Universität Gießen für diesen Sommer einen totalen Immatrikulationsstopp für Erstsemester verfügt. Danach ist an keiner Fachrichtung ein Studienbeginn möglich. An der TU München wurde eine Teilaufnahmesperre verhängt.

Reformmodell Augsburg

Das wirtschaftswissenschaftliche Studium teilt sich in zwei bzw. drei (mit dem Grad eines Dipl.-Oek. abzuschließende) Studienabschnitte von je zwei Studienjahren auf, die ihrerseits in Trimester eingeteilt sind. Auf ein allgemeines Grundstudium, das ausnahmslos in kleinen Gruppen von Studenten (zur Zeit 15) absolviert und in „normierten Kursen“ mit genauer Festlegung der Thematik abgehalten wird, folgt ein spezialisiertes Aufbaustudium; in dieser Zeit soll ähnlich dem an der Münchner Staatswissenschaftlichen Fakultät existierenden Böventer-Plan ein fortlaufendes Examen abgelegt werden. Der dritte Abschnitt dient dann dem Aufbaustudium der Doktoranden.

Schwierigkeiten gibt es nach den ersten Monaten mit dem „integrativen Studium“ in normierten Kursen, das alle relevanten Bereiche umfassen soll und auch eine Integration der Betriebswirtschaftslehre in Mikro- und Makroökonomik bedeutet.

Neu in Deutschland ist besonders das in allen Fachbereichen eingeführte Kontaktstudium. Im März oder April 1971 werden die ersten Kurse für Führungskräfte der Wirtschaft beginnen, die die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse, Entwicklungen und Methoden vermitteln sollen. Da zu diesen Kursen auch Lehrkräfte nötig sind, die nicht zur Universität gehören, werden trotz Staatszuschüssen Gebühren erhoben. Ein Wettbewerb mit den privaten Manager-Schulen wird jedoch nicht befürchtet; nach Ansicht von Gründungspräsident Prof. Dr. Louis Perridon wird dieser höchstens in der Qualität liegen.

Universität Mannheim

In der Fakultät Volkswirtschaftslehre und Statistik ist ein ordentlicher Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Wirtschafts- und Sozialpolitik (AH 4) zu besetzen. Bewerbungen werden so bald wie möglich an den Dekan der Fakultät für Volkswirtschaftslehre und Statistik, 68 Mannheim 1, Postfach 2428, erbeten.

Universität Marburg

Dr. Hans-Rudolf Peters, Regierungsdirektor im Bundesministerium für Wirtschaft, 38, habilitierte sich für das Fach Volkswirtschaftslehre mit einer Arbeit über „Grundzüge sektoraler Wirtschaftspolitik“.

Universität München

Prof. Dr. Oskar Anderson, bisher Universität Mannheim, hat einen Ruf auf das Ordinariat für Statistik angenommen.

Prof. Dr. Karl Ruppert erhielt einen Ruf auf einen ordentlichen Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie an der Universität Bonn.

Durchfallquoten

Die Zahl der Kandidaten an Universitäten und Hochschulen der BRD, die ihr Examen nicht bestehen, hat im Zeitraum 1965–1968 von 16,5 auf 13% abgenommen. Die Aufschlüsselung auf die einzelnen Disziplinen ergibt folgendes Bild:

Am erfolgreichsten erwiesen sich die Mediziner, wo durch ein strenges Auswahlverfahren die Durchfallquote nur bei 2% lag. Es folgen die Chemiker (3%), Theologen und Psychologen (etwa 4%), Juristen und Lehrer (15%) sowie die Bewerber in Mathematik und Kulturwissenschaft (etwa 20%).

Das Schlußlicht bilden nach wie vor die Volks- und Betriebswirte: Jeder dritte Kandidat fällt durch die Diplomprüfung.

HERAUSGEBER: HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg, Direktor: Prof. Dr. Heinz-Dietrich Ortleib

REDAKTION:

Chefredakteur: Dr. Dietrich Kobschull

Stellvertreter: Dipl.-Volksw. Hubert Höping

Redakteure: Dipl.-Volkswirte Otto G. Mayer, Carsten Moser; Red.-Ass.: Dipl.-Volkswirte Ingo v. Jacobi, Klaus Kwasniewski

Redaktionelle Herstellung: Helga Lange, Regina Kobschull

Anschrift der Redaktion: 2 Hamburg 36, Karl-Muck-Platz 1, Tel.: (04 11) 35 10 71, App. 1634 u. 1610

HERSTELLUNG UND VERTRIEB:

Verlag Weltarchiv GmbH, Hamburg

Anzeigen: Generalvertretung Dr. Hans Klemen

Anzeigenpreisliste: Nr. 11 vom 1. 1. 1968

Bezugspreise: Einzelheft: DM 5,20, Jahresabonnement: DM 60,– (Studenten: DM 30,–)

Erschelungswelse: monatlich

Druck: Otto Schwitzke, Hamburg

Anschrift des Verlages: 2 Hamburg 20, Eppendorfer Landstraße 106, Tel.: (04 11) 46 10 19 und 46 10 10

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Zeitschrift oder Teile daraus auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) oder auf andere Art zu vervielfältigen. Copyright by Verlag Weltarchiv GmbH.